

„Polen in der EU: Perspektiven für die Zusammenarbeit Polens und Österreichs“

Weißer Saal der Grazer Burg, 28.2.2005

Botschafter S.E. Marek Jędrzyś

Der Beitritt Polens zur Europäischen Union schafft eine wichtige Zäsur in der jüngsten Geschichte meines Landes. Vor fünfzehn Jahren leitete Polen politische und wirtschaftliche Reformen ein, mit der Zielsetzung, einen demokratischen Rechtsstaat und eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufzubauen. Ein strategisches Ziel dieses Prozesses war auch die Integration Polens mit euroatlantischen Strukturen. Die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union bedeutet für mein Land - auch wenn es noch nicht die Vollendung der Reformprozesse ist - das Erlangen eines *Point of no return*.

Die Osterweiterung der EU hat noch eine, nicht zu überschätzende, historische und europäische Dimension. Sie verhalf definitiv, jene Teilungen in Europa zu überwinden, die mit dem Begriff der Jalta-Nachkriegsordnung umfasst werden. Die wahrhaftig historische Dimension der jüngsten europäischen Entwicklung besteht in dem Erlangen von Entscheidungsfreiheit für dutzende Millionen von Menschen. Offensichtlich geschieht nichts von allein. Es haben viele Osteuropäer und Polen an dieser „revolutionären Evolution“ gearbeitet. Johannes Paul II., die *Solidarność*, Arbeiter und Intellektuelle, Studenten und Dissidenten bedürfen alle einer ihren Verdiensten entsprechenden Anerkennung.

Die Zeit vergeht schnell und langsam zugleich. Wir werden heuer den 25. Jahrestag der Entstehung von *Solidarność* begehen, welche den Weg für die demokratische Entwicklung in Polen und in Zentraleuropa geebnet hat. Ein Vierteljahrhundert ist wenig aus einer Sicht der europäischen Geschichtsentwicklung. Es ist allerdings eine beträchtliche Zeit für diejenigen Polen, welche diese Entwicklung geschöpft und erlebt haben.

Das Partnerschaftsverhältnis Polens und Österreichs

Polen und Österreich gestalten heutzutage ihr Verhältnis einerseits auf dem Hintergrund einer erprobten Partnerschaft und, auf der anderen Seite, in einem multi-dimensionalen Rahmen der europäischen Integration. Ich verzichte nun, auf die ruhmreichen Zeiten von König Sobieski näher einzugehen, überspringe die reibungslose Übergabe der Verwaltung durch österreichische Behörden an den polnischen Staat im November 1918 und die finsternen Ka-

pitel des zweiten Weltkrieges. Die Teilung Europas, deren Beginn die Beschlüsse von Jalta darstellten, schränkte sehr stark die Freizügigkeit von Menschen, Waren und Kultur zwischen Polen und Österreich ein. Man hat aber schon so früh wie möglich versucht, die „Besonderheiten“ der beiden Länder auszunützen: neutrales Österreich und Polen – die „lustigste Baracke im östlichen Lager“, um Grundlagen für die bestmögliche Zusammenarbeit zu schaffen. Bereits 1960 besuchte Bruno Kreisky Polen, um über die Grenzen meines Landes hinaus „Koexistenz“ zu stiften. In den siebziger Jahren wurde durch das „Fenster“ der Kultur und Forschung ein Austausch von Jugendlichen und Intellektuellen angeregt. Später gelang es sogar Österreich mit Polen visafreien Personenverkehr auszuverhandeln. Man hat sich auch über den „eisernen Vorhang“ hinweg um den bilateralen Handelsaustausch gekümmert. Die in Österreich ansässigen Polen, aber auch ihre Angehörige in Polen, erinnern sich an die herzliche Aufnahme polnischer Flüchtlinge durch Österreicher in Zeiten des Kriegsrechts in Polen.

Österreich, mit seiner relativ jungen EU-Erfahrung, hat Polen stets bei seiner Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft unterstützt. Der Mut und Ehrgeiz, die Opferbereitschaft und Ausdauer der Polen bei ihren schwierigen Reformen stießen in Österreich auf Befürwortung und Unterstützung. Die überzeugende Ratifizierung des Beitrittsvertrages im Nationalrat wissen wir in Polen sehr wohl zu schätzen. Ich bin zuversichtlich, dass Polens EU-Mitgliedschaft den Beziehungen zu Österreich neue Impulse geben wird. Das Potential für die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern ist mit der EU-Erweiterung gestärkt worden.

Trotz dem Wohlstandsgefälle wird Polen die EU, und damit Österreich, in einer längeren Perspektive stärken können. Unsere Defizite wie die historisch von Kleinbetrieben geprägte Landwirtschaft, demographisch und strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, aus wirtschaftlichen Gründen unterentwickelte Infrastruktur, weiter zu verbessernde Verwaltung sind auch in der Ländern der EU-15 keine unbekannte Erscheinung. Der Nachholzwang bedarf für Polen noch etwas Zeit. Allerdings stimmt uns die aktuelle, dynamische Entwicklung Polens optimistisch: hohe Wachstumsraten, eine moderne Verfassung und EU-konforme Gesetzgebung, fortgeschrittene Reformen in der Wirtschaft, im Sozialbereich und im Bildungswesen, erprobte Politik der guten Nachbarschaft. Ich will behaupten, dass sich Handlungsmöglichkeiten für Österreich sowohl aus unseren Stärken wie auch Schwächen ergeben.

Europa: Herausforderungen für Polen und Österreich

Das europäische Projekt *in statu nascendi* besteht aus mehreren Komponenten. Dazu gehören u.a. die Erweiterung, eine gemeinsame Strategie für wirtschaftliche Entwicklung, die Stärkung der Gemeinschaft durch eine gemeinsame Verfassung, die Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU stellt Fragen und sucht Antworten. Europäische und globale Herausforderungen im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich zwingen zu Stellungnahmen. Dabei können verschiedene Formen von Kooperation nützlich sein, sowohl multilaterale, wie auch regionale und bilaterale. Aus einem solchen Ansatz lassen sich auch Vorschläge für die polnisch-österreichische Zusammenarbeit ableiten.

Die EU verfolgt die Zielsetzung, sich nicht ausschließlich wirtschaftlich (Strategie von Lissabon), aber auch außenpolitisch zu profilieren. Die dazugehörige, ambitioniert verbalisierte Formel lautet *"global player"*. Sie mit Leben zu erfüllen, ist ein langwieriger Prozess. Dieser Prozess hat allerdings mit der sanften europäischen Revolution von 1989 und mit dem darauf folgenden europäischen Integrationsvorhaben einen starken Anstoß gefunden. Ausschlaggebend waren dafür die westlich - demokratische Ausrichtung der Länder Mittel- und Osteuropas, ihre Orientierung auf erprobte europäische und transatlantische Strukturen der Zusammenarbeit, schließlich die Beschlüsse über die Erweiterung dieser Strukturen. Wichtig war und bleibt das Zusammenspiel von westlicher Assistenz, östlichem Ehrgeiz und dem *Know-how* beider Seiten.

Die andere, ebenso wichtige Dimension stellt die interne Entwicklung der Europäischen Union dar, die Evolution der Institutionen, die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die fortlaufende Arbeit an der Vertiefung – ein Ausgangspunkt für die Europäische Verfassung, schließlich die Ambition, sicherheitspolitisch gemeinsam zu agieren.

Wenn sich Polen und Österreich die Frage stellen, inwiefern sie diese beiden Prozesse mitzutragen bereit waren und sein werden, lautet die klare Antwort bejahend. Polen und Österreich verfolgen die gleichen Ziele: die Konsolidierung der EU-Erweiterung 2004, erfolgreiche und zeitgemäße künftige Erweiterungen, eine angemessene EU-Nachbarschaftspolitik, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die Stärkung der Sicherheit.

Aus geopolitischer Sicht kommt Polen mit dem EU-Beitritt eine verantwortungsvolle Aufgabe zu – für Sicherheit und Zusammenarbeit an der östlichen EU-Grenze Sorge zu tragen. Mit der EU-Erweiterung änderte sich aber auch Österreichs Lage – aus einem östlich gelegenen „westlichen“ Land wurde ein in die Mitte des Kontinents gerücktes Land mit einer regionalen Schlüsselrolle für Südosteuropa.

Das Ziel einer tragfähigen Nachbarschaftspolitik der EU besteht darin, die Zone der Stabilität, Sicherheit und des Wohlstands auszuweiten. Polen setzt sich dafür ein, dass die EU eine aktive Politik den Nachbarstaaten gegenüber führt, die in absehbarer Zeit nicht EU-Mitglieder werden. Wir bringen unsere Erfahrung und Denkweise in die EU-Ostpolitik mit herein, das *Know-how* zu Reformen und zur Gestaltung der Zivilgesellschaft, partnerschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn.

Wie wichtig eine weitsichtige, kreative Nachbarschaftspolitik ist, haben die Ereignisse in der Ukraine unter Beweis gestellt. Was sich im Dezember letzten Jahres in der Ukraine abgespielt hat, stellt Europa, sowohl die EU wie auch Russland, vor der vielleicht größten Herausforderung seit dem Fall der Berliner Mauer, der Vereinigung Deutschlands und dem Zerfall der Sowjetunion. Im Osten Europas gibt es nun ein Land, das nach Unabhängigkeit, Demokratie und Anerkennung seiner Zugehörigkeit zur europäischen Völkerfamilie langt. Zugleich auch einen Partner, der voraussichtlich schon in nächster Zukunft nicht nur Europa, aber auch Amerika dazu bewegen wird, Entscheidungen von strategischer Tragweite zu treffen. Die Kooperation der EU mit der Ukraine wird zu einem wichtigen Testfall für die gemeinsame EU-Außenpolitik. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass Europa bald eine richtige Antwort auf die Ereignisse in der Ukraine finden sollte, eine Antwort, die der historischen Tragweite dieser Entwicklung entspricht.

Sich gemeinsam um die östliche Flanke der EU zu kümmern und dort für Demokratie und Stabilität zu sorgen, bedeutet für Polen nicht weniger als für Österreich das gleiche an der südöstlichen Flanke vorzunehmen. Die Unterstützung der Beitrittskandidaten zur EU aus dieser Region teilen Polen und Österreich gemeinsam. Auch unsere Militärpräsenz und humanitäre Vorhaben in Bosnien und Herzegovina und im Kosovo verbinden unsere Länder. Mit der EU-Mission „*Althea*“ gewinnt unsere Zusammenarbeit eine neue Dimension. Es ist verständlich, dass die Schwerpunkte der regionalen Aktivität Polens und Österreichs geographisch bedingt sind. Um es bildhaft auszudrücken, ist die Adria aus der Sicht Wiens eine Spur wärmer als die Ostsee (übrigens mit einer über 500 Kilometer langen polnischen Küste). Umso wichtiger ist es, neue Formen bilateraler Kooperation zu finden: gemeinsam im Südosten, gemeinsam im Osten und gemeinsam in Zentraleuropa.

Schon vor dem 1. Mai 2004 begann unter den damals 15+10 EU-Ländern die Suche nach Partnern, mit denen gemeinsame Interessen innerhalb der EU vertreten werden können. Koalitionen variieren *ad hoc*, sind mehr oder weniger beständig, es entstehen neue. Dieser Prozeß wird auch in der Zukunft andauern. Die *Visegrad-Gruppe* hat sich seit Anfang der neunziger Jahre als ein überaus nützliches regionales Arrangement erwiesen. Die Gruppe

spielte damals, was zu betonen wäre – aus Eigeninitiative, eine Vorreiter-Rolle in der Handhabung und Bewältigung von Problemen des kommunistischen Erbes. Ihr Beitrag zur regionalen Stabilität läßt sich kaum überschätzen. Auch nach der EU-Erweiterung wollen die *Visegrad*-Länder ihre Zusammenarbeit fortsetzen. Gemeinsame EU-Themen gibt es genügend, wie sie es für die vier Länder vor dem EU-Beitritt, bei den Reformprozessen und bei den Verhandlungen, auch schon gegeben hat.

Die von Österreich initiierte *Regionale Partnerschaft* mit den Nachbarstaaten Slowenien, Ungarn, Slowakei und der Tschechischen Republik sowie Polen wird sich auch zunehmend zu einer wichtigen mitteleuropäischen Gruppierung in der EU entwickeln, sofern gemeinsame Interessen definiert und dann durchgesetzt werden können. Diese Kooperation von sechs Ländern funktioniert in der EU, aber auch über die EU hinaus – in Form intensiver Zusammenarbeit in den Bereichen innere Sicherheit (*Salzburger Forum*) und Kultur (*Plattform Kultur – Mitteleuropa*), sowie regulärer Treffen der Minister mehrerer Ressorts. Es geht nicht nur um gemeinsame Interessenvertretung, sondern auch um einen internen Mehrwert für die Sechs. Wie z.B. im Bereich Inneres, wo Verbindungsbeamte ausgetauscht werden und gemischte Streifen grenzüberschreitend agieren können. Die *Regionale Partnerschaft* hat auch eine wichtige Funktion als Informations- und Austauschforum im außenpolitischen Bereich. Die sechs Außenminister beraten über Themen aus der EU-Agenda, wenn sie glauben, gemeinsam für die EU-25 nützlich zu sein. In den letzten Monaten entstanden auf der Basis gemeinsamer Überlegungen gemeinsame Präsentationen bezüglich der Lage im Kosovo und in der Ukraine, sowie Katastrophenhilfe, die mit den übrigen EU-Ländern diskutiert werden.

Die Chance Wirtschaft

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung Polens besteht nun darin, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union möglichst effektiv auszuschöpfen. Es geht darum, die Folgen eines fast halben Jahrhunderts kommunistischer Herrschaft und Misswirtschaft zu überwinden und die in vielen Bereichen und Feldern bestehende Kluft zwischen Polen und der EU-15, darunter auch Österreich, so rasch wie möglich zu schließen. Unser Ziel ist es, so kurz wie es geht Netto-Empfänger der EU-Unterstützung zu sein. Wir wollen auch möglichst schnell im Stande sein, solidarisch diejenigen unterstützen zu können, die in Folge der kommenden Erweiterung der EU beitreten werden. Mit anderen Worten: wir wollen nicht nur konsumieren, wir wollen auch unseren eigenen, eigenständigen Beitrag zur Entwicklung dieses größten euro-

päischen Projekts leisten. Polen ist sich seiner Verantwortung bewusst. Wir wollen ein verlässlicher Partner sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung Polens nach dem 1. Mai 2004, also nach dem EU-Beitritt, überrascht mit positiven Fakten, welche sogar die Erwartungen übertreffen. Die Wirtschaftsindikatoren sind in einem höher als erwarteten Aufwärtstrend, die Zufriedenheit und der Unternehmungsgeist der Bevölkerung wachsen trotz der Skepsis, die uns beim Beitrittsreferendum zittern ließ. Die Menschen beginnen, die Vorteile aus der Mitgliedschaft persönlich in Anspruch zu nehmen, sei es bei Grenzüberschreitung oder bei den Förderungen mit Beteiligung von EU-Geldern. Natürlich gibt es auch Probleme wie Arbeitslosigkeit, aber es gibt das Bedürfnis und die Stimmung, neue Ziele zu setzen und zu erreichen.

Polen gehört heute zu den größten Wachstumsmärkten Europas – zwischen 1991 und 2003 wuchs das polnische BIP um durchschnittlich 4,4% pro Jahr. Im letzten Jahr betrug das Wachstum 5,4%. Vor zwei Wochen erschien ein Wirtschaftsbericht der *UN Economic Commission for Europe*, dem wir entnehmen können, dass das für heuer vorausgesagte durchschnittliche BIP-Wachstum von 2,2% im EU-Gebiet den Beitrittsländern Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei und Slowenien sowie Österreich, Dänemark, Irland und den Niederlanden zu verdanken sein wird.

Die Abschaffung der Zollgrenzen und Zollkontrollen ab 1. Mai hat zu bemerkenswerten Exportzuwächsen, im polnisch-österreichischen Verhältnis um 45%, geführt. Es ist ein sehr aktuelles Beispiel dafür, wie die Vergrößerung des europäischen Binnenmarktes zur Belebung der Konjunktur, des Handels und damit zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas führt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Österreich haben sich in den vergangenen Jahren deutlich entwickelt, das Potential ist allerdings nach wie vor ausbaufähig. Unter den Reformstaaten aus Mittel- und Osteuropa belegt Polen nur den 4. Platz in österreichischen Exporten und Importen. Die Außenhandelsumsätze in Höhe von 2,3 Mrd. Euro bedeuten, dass Österreich erst den 15. Platz auf der Liste unserer Handelspartner belegt und Polen für Österreich nur der 13. Partner weltweit ist. Durch die EU-Erweiterung verbessern sich die Absatzchancen sowohl für österreichische als auch für polnische Firmen.

Ein großes Potential für das Wachstum der Warenumsätze besteht einerseits in der Branche von Agrarprodukten, andererseits bei neuen Technologien und im Bereich von Autozulieferungen. Enorme Chancen entstehen durch einen hohen Investitionsbedarf im Hinblick auf Polens EU-Mitgliedschaft, da die Erfüllung von EU-Standards die Modernisierung von zahl-

reichen Produktionsanlagen erfordert. Das Engagement der österreichischen Firmen und Banken kann ein wichtiger Stimulus für weitere Investitionen in der Infrastruktur (Autobahnen), im Umweltschutz, im Dienstleistungssektor und in der Verarbeitungsindustrie sein. Es gibt in Polen ungefähr 1.000 österreichische Firmen, die insgesamt etwa 1,3 Mrd. Euro investiert haben (12. Platz auf der Investorenliste, 1,6% aller Investitionen aus dem Ausland).

Die österreichischen kleinen und mittleren Unternehmen sind vor allem in südlichen und südwestlichen Regionen Polens vertreten. Österreichische Firmen haben meistens in die Holz-, Papier- und Nahrungsmittelindustrie sowie in die Kunststoffverarbeitung, das Bauwesen und Dienstleistungen investiert. Auf der österreichischen Investorenliste in Polen sind zahlreiche Betriebe aus der Steiermark vertreten, sowohl in den erwähnten Branchen, als auch im Umweltsektor, Maschinenbau und Computertechnik. Im polnischen Finanzsektor haben sich große österreichische Banken (Bank Austria-Creditanstalt und Raiffeisen Zentral Bank) stark etabliert. Diese Banken spielten eine wichtige Rolle sowohl im Privatisierungsprozess des polnischen Bankssektors als auch in seiner Konsolidierung.

In den Wirtschaftsanalysen kommt man oft zu dem Ergebnis, dass die Länder Mittel- und Osteuropas einen bedeutenden Beitrag zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit leisten können, indem Technologie, Kapital und Leitungsqualitäten westlicher EU-Länder mit preiswerten, gut ausgebildeten Arbeitnehmern Mittel- und Osteuropas zusammentreffen. Wir hoffen sehr in Polen, dass die 7-jährige Übergangsfrist für den Zugang polnischer Arbeitnehmer zum österreichischen Arbeits- und Dienstleistungsmarkt deswegen deutlich gekürzt wird. Die Erfahrungen der EU-Länder, die sich auf Arbeitskräfte aus Polen geöffnet haben zeigen, dass es zu der oft befürchteten Überschwemmung des Arbeitsmarktes nicht kommt. Innerhalb der kommenden zehn Jahre werden in Polen allein im Umweltbereich 250 Tausend neue Arbeitsplätze entstehen. In diesem Bereich werden in den kommenden 10 Jahren Investitionen im Wert von 5 Mrd. Euro getätigt, was auch für Österreich und österreichische Firmen von Interesse sein dürfte.

Polen und Österreich stellen sich nun als gleichberechtigte Partner einer für das neue EU-Mitglied ganz neuen Debatte – es geht um den EU-Haushalt 2007 – 2013. Österreich ist in der EU *Netto*-Zahler und will – verständlicherweise – seine Beiträge zum gemeinsamen Budget nicht erhöht sehen. Österreich kann aber bei einem größeren Etat auch mehr aus dem „gemeinsamen Topf“ profitieren, wie man aus Brüssel hören kann. Aus polnischer Sicht sind bilaterale Gespräche mit Österreich zur finanziellen Vorausschau von regem Interesse, umso mehr als eine Umschichtung der Strukturfonds zugunsten der Beitrittsländer österreichische Unterstützung findet. Es wird ein interessantes Beispiel dafür sein, wie ein ganz jun-

ges und ärmeres sowie ein relativ junges und reicheres Mitgliedsland der EU bei einer „Feuerprobe“ miteinander auskommen können.

In Anbetracht der Diskussion um den neuen EU-Haushalt sollte man betonen, dass die auf 40,8 Mrd. Euro *netto* geschätzten Kosten der Erweiterung für die EU-15 in Wirklichkeit viel weniger betragen, da die zehn neuen Mitgliedsstaaten nur bis 2006 selbst rund 14 Mrd. Euro (davon Polen selbst 6,5 Mrd. Euro) an Beiträgen in die EU einzahlen werden.

Die gesellschaftliche Annäherung

Mit dem Beitritt Polens zur EU verschwanden viele praktische Hindernisse für polnisch-österreichische Kontakte. Wir beobachten sowohl Zuwächse im gegenseitigen Fremdenverkehr, wie auch eine Belebung bilateraler Kontakte auf lokaler Ebene. Es gibt in Österreich kein einziges Bundesland, in welchem solche Verbindungen auf der Ebene des Landes, der Städte oder der Gemeinden nicht bestehen würden. Die Belebung zwischenmenschlicher Kontakte, die Stärkung der humanen Bindung, sind eine überaus bedeutende Dimension der EU-Erweiterung und des Zusammenwachsens Europas, wer weiß, ob nicht die entscheidende?

Im österreichisch – polnischen Verhältnis kommt der Steiermark bei Pflege der menschlichen Begegnung eine Vorreiter- und Beispielrolle zu. Die Zusammenarbeit mit sieben polnischen Wojewodschaften, darunter in fünf Fällen auf der Basis von bilateralen Abkommen, die wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte, Städtepartnerschaften, zahlreiche und vielfältige Präsentationen, Exkursionen und Projekte sind zum einen beeindruckend, zum anderen aber so sehr an der Zeit und zukunftsorientiert. Es sind nicht ganz zwei Wochen seit der Unterfertigung in Graz des Kooperationsvertrages zwischen der Steiermark und der Wojewodschaft Vorkarpaten vergangen, um das jüngste Beispiel der Zusammenarbeit zu nennen. Als ein oft durch Österreich reisender Botschafter gebe ich immer mit Genugtuung das Beispiel der Steiermark an, wenn es um europäische Weitsicht und persönliches Engagement in Kontakte zu Polen geht. Was mir als sehr erfreulich erscheint, ist das wachsende Bedürfnis von Österreichern und Polen nach Kontakten und Zusammenarbeit. Ich weiß aber auch, die politischen Anstöße dafür, insbesondere in der Steiermark, sehr hoch zu schätzen. Nicht weniger als die steiermärkische Gastfreundschaft Polen gegenüber und die Bereitschaft der steiermärkischen Politiker und Unternehmer Polen zu besuchen.

Wir arbeiten mit unseren regionalen österreichischen Partnern daran, dass man dem guten steirisch – polnischen Beispiel folgt. Die Kooperation von Regionen, Städten und Gemeinden

hat im polnisch – österreichischen Verhältnis hohe Priorität. Zahlreiche österreichische Landes- und Kommunalpolitiker haben sehr früh die sich aus dem EU-Beitritt Polens ergebende neue Qualität der Partnerschaft mit Weitsicht erkannt und kultiviert.

Ich wünschte, dass Polen in Österreich ein so gutes Image hätte wie umgekehrt (und eines wie es in der Steiermark hat). Trotz gemeinsamer Wurzeln herrschen in manchen Ländern Europas oft überraschende Wissensdefizite und verzerrte Vorstellungen über andere Länder und Völker. Dass dies – hauptsächlich wegen der über 50-jährigen Trennung durch den „eisernen Vorhang“ – besonders Österreich und Polen betrifft, war in den letzten Jahren kein Geheimnis. In Österreich ist das Wissen über Polen weit weniger verbreitet als das in Polen über Österreich.

Gemeinsame Überlegungen, wie man diesem Unwissen entgegenwirken könnte, welches laut allgemein bekannten Theorien der Psychologie und Soziologie Mißtrauen und negative Stereotypen erzeugt, fruchteten mit der Idee des *Polnischen Jahres* in Österreich. Sie wurde 2002-2003 als ein 12-monatiges Kulturfestival umgesetzt, das im Rahmen von rund 120 Veranstaltungen unterschiedlicher Art in ganz Österreich, auch unter Beteiligung der Steiermark, sowohl alte Traditionen, als auch moderne Entwicklungen der polnischen Kunst und Kultur einem Publikum von etwa einer halben Million Personen präsentierte.

Das *Polnische Jahr* hat zu einer enormen Intensivierung der Kontakte zwischen polnischen und österreichischen Künstlern und Kulturinstitutionen geführt. In diesen Kreisen, sowie indirekt auch im Wirtschaftsbereich, ist das Interesse an Kooperation deutlich gestiegen. Was uns am meisten freut, ist die Tatsache, dass nun die Kontakte direkt geknüpft werden, ohne Vermittlung offizieller polnischer oder österreichischer Stellen. Das betrifft übrigens nicht nur Kultur und Kunst, sondern auch die regionale Zusammenarbeit, die je nach Bedürfnissen und Interessen jeweiliger Partner sehr vielfältige Formen annimmt. Es ist umso mehr erfreulich, als dass Österreich selbst ein für den Kulturexport bekanntes Land bleibt (was man natürlich in der Kulturhauptstadt Graz immer wieder betonen muß).

Wir sollten um der Zukunft willen die Tatsache voll nützen, dass die Grenzen durchlässiger sind – für Kontakte zwischen Menschen, deren Vorfahren einst im österreichischen Parlament Polnisch und Deutsch gesprochen haben. Die Steiermark hat dabei schon längst Eigeninitiative ergriffen.